

# Inneren Frieden und Stabilität bewahren

## Für eine menschliche und realistische Flüchtlingspolitik



*Das Elend und die Not vieler Flüchtlinge lassen wohl kaum jemanden kalt, der ein Herz hat. Ob politisch Verfolgte, Kriegsflüchtlinge oder Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen – sie alle verdienen eine menschenwürdige Behandlung.*

*Meine Familie, Freunde, Bekannte und ich (im Rahmen meiner zeitlichen Möglichkeiten) kümmern uns um Flüchtlinge, in diesem konkreten Falle syrische Katholiken. Sie haben unsere Hilfe und Zuwendung verdient, sind dankbar dafür und versuchen nach Kräften, sich einzubringen und Teil unserer Gesellschaft zu werden.*

*Gleichwohl hat die gegenwärtige Situation, die sich zu einer Krise mit zahlreichen Konflikten und Problemen zuspitzt, viele Facetten, die ich aus meiner ganz persönlichen Sicht erläutern möchte. Das tue ich auch auf die Gefahr hin in eine „Ecke“ gedrängt zu werden, in die ich nicht gehöre.*

### Weltweite Probleme und Flüchtlingsströme ...

... sind von den Vereinten Nationen (UN) zu regeln. Die Umsiedlung ganzer Völker funktioniert nicht. Wir können nicht das Elend der Welt innerhalb unserer Grenzen lindern, sollten aber international mehr Verantwortung übernehmen. Dass Flüchtlinge in Aufnahmelagern bspw. im Nahen Osten hungern und sich deswegen auf den Weg machen müssen, ist eine Schande, für die auch die internationale Gemeinschaft verantwortlich ist. Ehrlich ist, dass auch militärische Optionen zur Sicherung von Schutzzonen in Erwägung gezogen werden müssen.

### Eine Lösung auf EU-Ebene ...

... ist unabdingbar. Es kann nicht sein, dass wir die Hauptlast tragen, während andere EU-Staaten sich vornehm zurückhalten. Letztlich müssen Asylfragen langfristig harmonisiert und der Schutz unserer Grenzen koordiniert werden. Diese Frage ist die Nagelprobe für die EU – jetzt kann und muss sie sich bewähren! Wenn die EU tatsächlich eine Wertegemeinschaft ist, dann ist jetzt Solidarität auch mit uns Deutschen gefragt.

### Die Sicherung unserer Grenzen ...

... ist ohne Alternative, wenn wir die Lage in den Griff bekommen wollen. Schon an der Bundesgrenze müssen diejenigen abgewiesen werden, die definitiv keine Chance auf ein Bleiberecht haben. Aufnahmefunktionen müssen eingerichtet werden, um geordnete Verfahren zu gewährleisten. Ohne Registrierung keine Leistungen oder Bleiberechte. Eine Visapflicht für Bürger der Balkanländer ist geboten.

### Die Differenzierung der zu uns kommenden Menschen ...

... ist nicht einfach, immer stecken persönliche Schicksale dahinter, die niemanden kalt lassen können. Trotzdem müssen wir zwischen politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlingen und jenen unterscheiden, die aus wirtschaftlichen Gründen kommen – wenn ich auch Verständnis für sie habe, so fallen sie doch nicht unter das Asylrecht, sondern müssen sich auf regulärem Wege und von zu Hause aus um eine Einreiseerlaubnis bemühen.

### Die Beschleunigung von Asylverfahren ...

... ist ein wichtiger Baustein zur Bewältigung der Krise. Es ist auch für Asylsuchende unerträglich, wenn ein solches Verfahren mehr als ein halbes Jahr, manchmal deutlich länger, dauert. Andere Staaten schaffen das in wenigen Wochen, das müssen wir auch hinbekommen.

### Sichere Herkunftsstaaten ...

... müssen schneller und konsequenter benannt werden, hinsichtlich einiger Balkanländer ist der Bund hier auf gutem Wege. Menschen aus diesen Ländern oder gar EU-Staaten fallen nicht unter das Asylrecht.

### Einreisende aus sicheren Drittländern ...

... müssen konsequent in diese zurückgeführt werden, wenn nicht wichtige Argumente wie bspw. die Gefahr einer mangel-

den Versorgung oder Zusammenführung engster Verwandter dagegen sprechen.

### Konsequente Abschiebungen ...

... sind Pflicht der Bundesländer. Niedersachsen kommt dieser Pflicht nicht nach, das ist falsch und muss sich ändern. Ca. 19.000 Ausreisepflichtige leben in Niedersachsen, abgeschoben wurden im ersten Halbjahr nur ca. 450 – eine grobe Pflichtverletzung der rot/grünen Landesregierung; andere Bundesländer machen das wesentlich konsequenter! Bei weiterem Versagen bzw. Boykott muss umgehend bundesaufsichtlich eingegriffen werden.

### Ausreisepflichtige (abgelehnte) Asylbewerber ...

... müssen ggf. in Ausreisezentren zusammengeführt werden. Asylfolgeanträge sind im Grundsatz zu unterbinden, dürfen zumindest nicht kurz- oder mittelfristig möglich sein. Wiedereinreiseverbote sind ein Mittel, um ein „Saisonverhalten“ zu unterbinden. Rechtsmittel sind auf ein vernünftiges Maß zu beschränken, wenn wir uns nicht selbst lahm legen wollen.

### Wer sagt „alle rein“, ...

... wie es Grüne und Linke bspw. hinsichtlich der Sinti und Roma tun, der liegt genauso falsch wie die, die sagen „alle raus“. Bei aller Mitmenschlichkeit und Gutmütigkeit sollte man doch immer die Folgen betrachten. Wer das nicht tut, der bereitet den Nährboden für Extremisten von rechts und links, gefährdet unsere Stabilität und letztlich das Asylrecht für die, für die es gedacht ist.

*„Verstand ohne Gefühl ist unmenschlich. Gefühl ohne Verstand ist dumm.“*

Egon Bahr

### Zu hohe Anreize ...

... sind die falschen Signale. Wenn Menschen Geld in ihre Heimatländer schicken oder nachträglich damit ihre Schleuser bezahlen können, dann stimmt etwas nicht. Wenn das Taschengeld hier höher ist als das Einkommen im Heimatland, dann ist das eine regelrechte Einladung. Wir müssen uns bei Asylbewerbern bis zum Verfahrensabschluss grundsätzlich auf Sachleistungen beschränken! Nebenbei sei bemerkt, dass in den Aufnahmelagern Arbeitspflichten (unter Anleitung und Aufsicht) eingeführt werden müssen. Es ist nicht akzeptabel, dass unsere Gesellschaft dauerhaft bspw. Putzkräfte vorhalten muss.

### „Gnade vor Recht“ ...

... sollte grundsätzlich für diejenigen gelten, die hier geboren und bestens integriert sind, dazu bedarf es eines beschleunigten Verfahrens. Wenn der Staat über viele Jahre hinweg nicht zu einer Klärung der Asyl- oder Bleiberechtsfrage gekommen ist, dann sollten wir hier großzügig sein.

### Sicherheit muss Vorrang haben ...

... bei allen Einreisenden. Es ist unumgänglich, dass sie erkennungsdienstlich behandelt werden, um sie jetzt und auch später identifizieren zu können. Datenschutz und

Persönlichkeitsrechte dürfen das nicht verhindern. Ohne Klärung der Identität darf es keine Aufnahme bzw. Unterbringung außerhalb der Aufnahmeeinrichtungen geben. Ebenso sind Gesundheitschecks und evtl. Impfungen unerlässlich, um auch die deutsche Bevölkerung vor Krankheiten zu schützen.

### Rechtsfreie Räume ...

... darf es im Rechtsstaat Deutschland nicht geben, auch nicht in Aufnahmelagern und deren Umgebung. Sowohl unsere Bürgerinnen und Bürger als auch die hier Schutz suchenden Menschen haben ein Recht auf Sicherheit und Ordnung. Kriminelle sind konsequent auszuweisen oder zu inhaftieren. Polizei und Justiz brauchen hier unsere volle Unterstützung.

### Verfolgung von Christen und anderen in Deutschland ...

... ist eine Schande für unser Land. Es ist inakzeptabel, dass zu uns geflohene Menschen bspw. in Auffanglagern oder auch im täglichen Leben Repressalien durch Gruppen ausgesetzt sind, die sie aus ihrer angestammten Heimat vertrieben haben.

### Sicherheitskräfte und Polizei ...

... sind dringend aufzustocken, wenn wir die Lage unter Kontrolle halten oder wieder bekommen wollen. Dazu sind die Aufgaben der Polizei auf ihre Kernaufgaben zu beschränken, um sie nicht noch mehr zu überfordern. Bspw. kann die Sicherung von Umzügen, die Ordnung bei Fußballspielen oder die Begleitung von Schwertransporten auch anders geregelt werden.

### Probleme löst man nicht ...

... durch Verschweigen oder Ignorieren. Zeitweise haben Medien nur positive Bilder gezeigt, Probleme anzusprechen war nicht „in“. Auch hinter vorgehaltener Hand gegebene Hinweise auf die Bitte offizieller Stellen, doch Kriminalität besser nicht zu thematisieren, lassen tief blicken. Rede-, Schreib- und Denkverbote darf es nicht geben!

### Ohne unser Ehrenamt ...

... wären wir im wahrsten Sinne des Wortes „aufgeschmissen“. Was hier geleistet wird, das ist vorbildlich und kann uns insgesamt mit Stolz und Dankbarkeit erfüllen. Die Koordinierung und Anleitung der verschiedenen Aktivitäten muss professionell erfolgen, dazu sind ausreichend Personal und Mittel bereitzustellen. Eine Überforderung ehrenamtlicher Kräfte muss vermieden werden!

### Unsere Kommunen ...

... tragen die Hauptlast und haben alle Menschen auch menschenwürdig unterzubringen, eine wahre Herkulesaufgabe. Die Kosten dafür müssen zuständigkeitshalber vom Land (mit den entsprechenden großzügigen Bundeszuschüssen) übernommen werden. Der Staat muss dafür Sorge tragen, dass bspw. durch organisatorische Maßnahmen wie rechtzeitige Meldung von Zugängen, vorangegangene Gesundheitschecks oder eine gewisse Gruppenbildung nach ethnischen Kriterien oder sprachlichen Kenntnissen die Arbeit der Kommunen erleichtert wird.

### Unsere benachteiligten Mitbürger ...

... dürfen wir bei aller Hilfsbereitschaft gegenüber Flüchtlingen nicht vernachlässigen. Auch in unserem Land gibt es viele, die Hilfe brauchen, benachteiligt, krank oder gehandicapt sind. Wenn wir das vergessen, dann ist das weder christlich noch vernünftig!

### Beschlagnahmungen oder gar Enteignungen ...

... von Wohnraum oder auch Betriebsgebäuden sind für mich – 25 Jahre nach der Bankrotterklärung des real existierenden Sozialismus – und Vollendung der Deutschen Einheit – indiskutabel. Wenn der Staat die Bürger auf diese Weise behandelt, dann wird die Akzeptanz für Flüchtlinge nicht mehr lange bestehen bleiben.

### Der Vergleich mit der Nach-/Kriegszeit ...

... hinkt deutlich, nicht nur hinsichtlich der Dimension und unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Zumindest Sprache, religiöse Bekenntnisse und Kultur waren ähnlich, Deutsche kamen nach Deutschland. Wir wissen, welche Probleme es schon damals gab!

### Hilfe in der Heimat ...

... der Hilfesuchenden ist richtig und wichtig. Wenn Menschen aus wirtschaftlichen Gründen ihre Heimat verlassen, so sind es oft die leistungsfähigen Bürger, die dann dort für eine gedeihliche Entwicklung fehlen. Wir müssen diesen Menschen eine Perspektive geben und ihnen in ihrer Heimat helfen. Dazu bedarf es einer wirksamen Entwicklungshilfe, die diesen Namen auch verdient.

### Das Asylrecht ist ein Grundrecht, ...

... das es zu bewahren gilt. Unser Asylrecht stammt aber aus einer Zeit, in der sich nicht ganze Völker auf den Weg machten, wir dürfen es nicht überstrapazieren und müssen es auf EU-Ebene harmonisieren. Das Asylrecht für politisch Verfolgte und die Hilfe für Kriegsflüchtlinge müssen gewährleistet bleiben.

### Wer bleiben will ...

... muss unsere Gesetze achten, unsere Kultur respektieren und unsere Sprache lernen. Wer das nicht will, der muss ausreisen. Hier gilt das Grundgesetz, nicht die Scharia oder das Faustrecht!

*„Macht es besser als früher. Seid wehrhaft und verlangt Anpassung und Respekt vor unserer Kultur von allen Neuankommelingen. Sonst werden sie Euch nicht ernst nehmen.“*

Seyran Ates, türkischstämmige Rechtsanwältin

### Wer bleiben darf ...

... verdient und braucht unsere volle Unterstützung. Schnell anzubietender und wirkungsvoller Sprachunterricht, Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten, vernünftige Unterbringung, Begleitung und Förderung sind notwendig, wenn Integration gelingen soll. Dazu müssen wir einigen bürokratischen Unsinn über Bord werfen, wenn das gelingen soll.

**Wenn Sie Interesse an einem Gespräch haben, dann rufen Sie mich doch an:**

**Am Donnerstag, 15. Oktober, stehe ich Ihnen von 16 bis 18 Uhr unter 05331/1672 am Telefon gern zur Verfügung. Während der normalen Bürozeiten können Sie sich unter der angegebenen Nummer auch in meinem Büro melden, um einen Termin zu machen ... ich rufe Sie gern zurück.**

Ihr  
*Frank Oesterhelweg*  
Frank Oesterhelweg, MdL  
info@frank-oesterhelweg.de

